

Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.07.2017

(Stand: 06.07.2017)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Zudem ist dieser Unterlage als Anlage beigelegt:

- als Anlage 1 die nicht öffentliche Vorlage Nr. 0340/2017 – Übernahme einer Bürgschaft – zu der vorgeschlagen wird, die Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um diese Vorlage als TOP N 7.a zu erweitern.

Ö Öffentlicher Teil

5 Gleichstellungsplan 2017 - 2021 einschließlich Bericht zum Plan zur Chancengleichheit 2014 - 2016

Vorlage: 0257/2017

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2017)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 22.06.2017 einstimmig bei Enthaltung von mittlerechts/LKR beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Gleichstellungsplan 2017 - 2021 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.

11 Zusätzliche Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2017/18

Vorlage: 0272/2017

(Vorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.06.2017 und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 05.07.2017)

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 29.06.2017 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Im Schuljahr 2017/18 werden bis zu 2.798 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gefördert. Plätze, die ggf. vom Land nicht gefördert werden, werden allein aus städtischen Mitteln richtliniengemäß und unter Heranziehung von Elternbeiträgen finanziert.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist in der Sitzung am 05.07.2017 einstimmig bei Enthaltung von mittlerechts/LKR dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

12 Landesprogramm zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen - Fortführung im Jahr 2018

Vorlage: 0231/2017

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung

von Frau und Mann am 22.06.2017, des Jugendhilfeausschusses am 29.06.2017 und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 05.07.2017)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 22.06.2017 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) – Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird begrüßt.
2. Über die Bereitstellung des notwendigen städtischen Zuschusses in Höhe von 179.082,18 € soll in den kommenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 entschieden werden.

Der JHA hat in der Sitzung am 29.06.2017, einem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion folgend, einstimmig beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die Fortführung des Angebots „Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) – Soziale Arbeit an Schulen“ im Jahr 2018 wird für dringend erforderlich erachtet.
2. Über die Bereitstellung des notwendigen städtischen Zuschusses in Höhe von 179.082,18 € soll in den kommenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 entschieden werden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist in der Sitzung am 05.07.2017 einstimmig dieser geänderten Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses an den Rat gefolgt.

13 Einrichtung einer befristeten Stelle Integration Flüchtlinge

Vorlage: 0242/2017

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 22.06.2017)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 22.06.2017 – einer entsprechenden Beschlussempfehlung des Integrationsrates (dort einstimmig) folgend – einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Einrichtung einer auf zunächst 2 Jahre befristeten Stelle Integration Flüchtlinge im Fachbereich Jugend und Soziales. Vor Ablauf der Befristung soll anhand einer Evaluation untersucht werden, ob ein weiterer Bedarf für die Fortführung der Stelle besteht. Für die Kosten der Stelle incl. Projektmittel werden städtische Mittel in Höhe von 103.460 € pro Jahr zur Verfügung gestellt.